

# Mit Optimismus in die Energiewende GT 6.2.15

**LANDTAG** Al-Wazir: Ziel der Verdoppelung des Anteils Erneuerbarer Energien kann gehalten werden

**WIESBADEN** (cc). Der Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände werden viel zu schnell viel zu viele Windräder gebaut. Weshalb die Kosten für die Stromverbraucher explodierten. Der SPD hingegen geht die Energiewende viel zu langsam. Sie kritisiert, die Ausweisung von Windvorrangfläche werde auf die lange Bank geschoben. Wie auf diese Weise der Anteil der Erneuerbaren Energien bis zum Ende der Wahlperiode von 12,5 Prozent auf 25 Prozent geschafft werden soll, müsse Tarek Al-Wazir (Grüne), als Minister auch für Energie zuständig, erst noch erklä-

ren. Zwei Prozent Hessens sollen als Vorrangfläche ausgewiesen werden, so haben das alle Fraktionen im Landtag beschlossen. Doch die Ausweisung dieser Flächen, auf denen bevorzugt Windräder gebaut werden, ist vor allem in Südhessen ins Stocken garten. Beim zuständigen Regierungspräsidium in Darmstadt stapeln sich 25 000 Einwände von Bürgern, die erst noch bearbeitet werden müssen. So können die Vorrangflächen erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 beschlossen werden – mithin nach der Kommunalwahl. Al-Wazir sagte am Donnerstag im Landtag,

auch ohne Ausweisung von Vorrangflächen sei der Ausbau der Windenergie im vergangenen Jahr „so stark gewachsen wie nie zuvor“. Im vergangenen Jahr seien in Südhessen 25 Anlagen genehmigt worden. 21 von ihnen auf Standorten, die ab Mitte 2016 als Vorrangflächen ausgewiesen werden sollen. Drei werden am Rand von geplanten Vorrangflächen errichtet. Eine letzte sei auf einer Deponie geplant. Der Minister zeigt Zuversicht: Hessen rücke dem Ziel näher, den Anteil an Erneuerbaren Energien zu verdoppeln. Den Anlass für die Landtagsdebatte hatte die FDP ge-

liefert. Sie hatte sich die Warnung der Unternehmensverbände zu Herzen genommen und die schwarz-grüne Landesregierung aufgefordert, „die Notbremse zu ziehen“, um weitere Mehrkosten zu vermeiden.

Majana Schott von den Linken hielt der FDP entgegen: Durch die Energiewende entstünden keine Mehrkosten, das habe eine Untersuchung der Universität Erlangen ergeben.

Nach dieser Studie wäre Strom für die Haushalte auch ohne Energiewende so teuer wie heute, für die deutsche Wirtschaft dagegen deutlich teurer.